

Positionspapier

der IHK Niedersachsen



Klimaschutz mit der Wirtschaft

November 2020



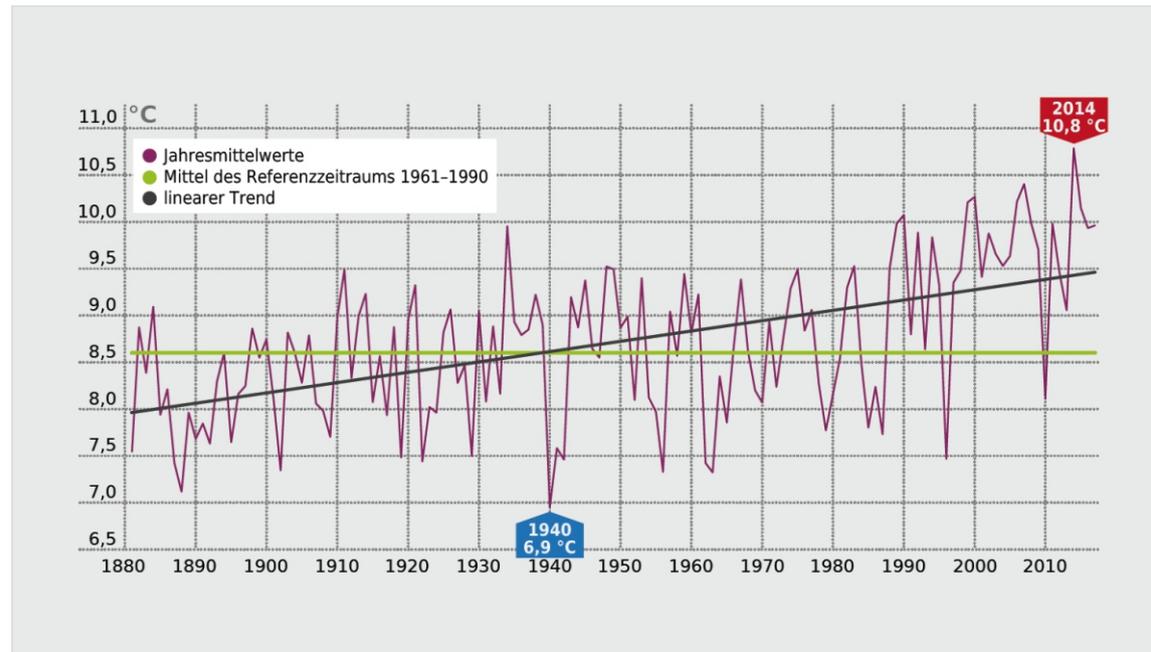
Wer wir sind

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg
- IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Sie vertritt rund 495.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Klimaschutz mit der Wirtschaft



Niedersachsen im Klimawandel: Seit 1881 ist die Jahresmitteltemperatur in Niedersachsen um etwa 1,5 °C gestiegen.

Quelle: Klimareport Niedersachsen, DWD, 2018

Der Schutz des Klimas und die Anpassung an den Klimawandel stellen zentrale Zukunftsaufgaben dar. Die niedersächsische Wirtschaft stellt sich der Verantwortung, ihren Beitrag zum Klimaschutz durch Innovationen bei Produkten, Dienstleistungen und Produktion weiter zu steigern. Sie hat durch vielfältige Initiativen und Projekte gezeigt, dass sie die erforderlichen Veränderungsprozesse für einen verstärkten Klimaschutz konstruktiv unterstützt. Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und Wohlstand schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich auf lange Sicht gegenseitig.

Die niedersächsische Wirtschaft bekennt sich grundsätzlich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens vom 12. Dezember 2015. Dies betrifft insbesondere das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die gesamten Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 erheblich reduziert werden. Dieser Weg ist so zu gestalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft gewahrt bleibt und die Abwanderung von Unternehmen in Länder mit niedrigeren Umweltstandards („Carbon Leakage“) verhindert wird. Dies ist nicht nur aus Gründen des globalen Klima- und Umweltschutzes von Bedeutung, sondern auch zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit wichtigen Produkten und Grundstoffen. Um die Krisenresilienz unserer Volkswirtschaft zu sichern und auszubauen, sind robuste Logistik-, Energie- und Telekommunikationsstrukturen sowie intakte Wertschöpfungsketten unabdingbar. Ziel sollte es sein, diese wettbewerbsfähig, klimaneutral und nachhaltig zu gestalten.

Alle UN-Vertragspartner sollten die in Paris in Aussicht gestellten Klimaschutzbeiträge mit konkreten und verbindlichen Maßnahmen unterlegen. Es ist darauf zu achten, dass die verbindlichen nationalen und europäischen Ziele im Einklang mit den globalen Zielen stehen.



Das Erreichen der Klimaschutzziele setzt ein Gelingen der Energiewende voraus. Dazu sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen (Ausbau der erneuerbaren Energien, der Netze und Speicher, Senkung der Energiekosten und Gewährleistung von Versorgungssicherheit).

Klimaschutz bedeutet für die Wirtschaft viele neue Anforderungen, gesetzliche Vorgaben, Mehrkosten und veränderte Prozesse. Insgesamt erfordert die Reduktion des CO₂-Ausstoßes in der Wirtschaft erhebliche Anstrengungen, zumal die nationalen und internationalen Ziele in zeitlicher Hinsicht ambitioniert sind.

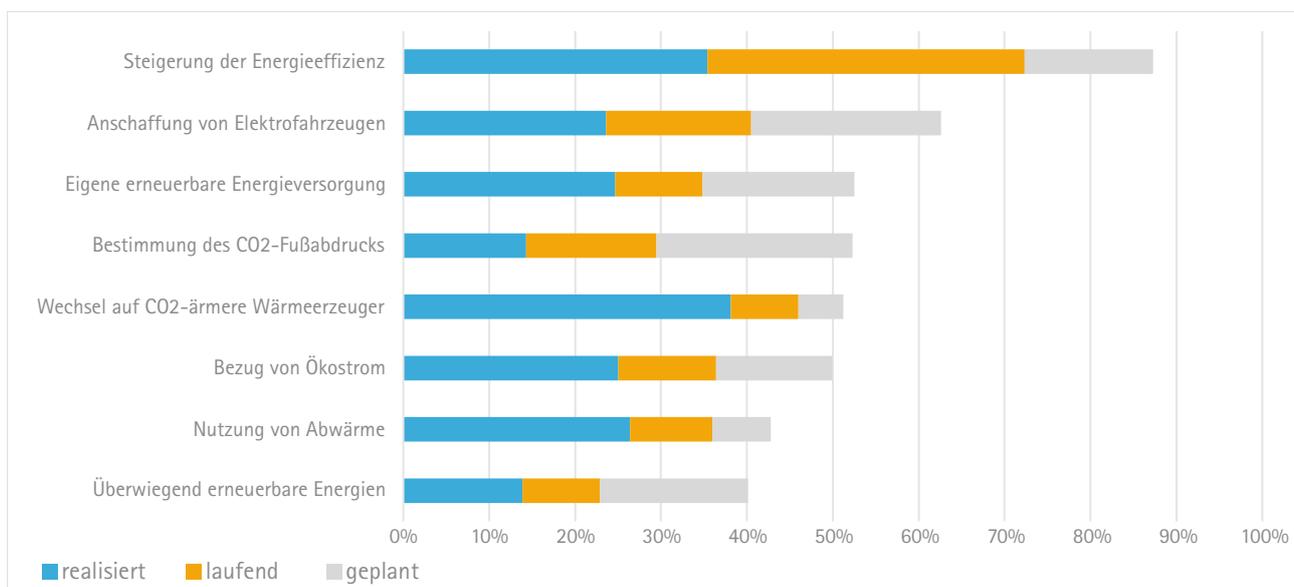
Die Entwicklung klimaneutraler Produkte und Prozesse eröffnet der Wirtschaft das Potenzial, neue Märkte zu erschließen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu stärken. Diese Chancen gilt es zu ergreifen.

Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass unternehmerisches Engagement für mehr Klimaschutz gefördert und nicht ausgebremst wird.

Um den Klimawandel wirksam zu begrenzen, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Für die Wirtschaft bedeutet die Dekarbonisierung eine grundlegende Veränderung von Prozessen, Produkten, Dienstleistungen, Wertschöpfungsketten oder Märkten.

Das vorliegende Positionspapier soll aufzeigen, wie Klimaschutz im Dialog mit der niedersächsischen Wirtschaft gelingen kann und ist Basis für weitergehende Vorschläge.

Klimaschutz-Maßnahmen niedersächsischer Unternehmen



Unternehmen übernehmen Verantwortung: Bereits jetzt setzen viele niedersächsische Unternehmen Maßnahmen zum Klimaschutz um. 96 Prozent der Unternehmen befürworten zudem zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen.

Quelle: IHK-Energiewende-Barometer, 2019

Unser Leitbild



Die Klimaschutzziele sind langfristig nur zu erreichen, wenn sich die Wirtschaft dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet: Sämtliche Ressourcen sind derart zu ge- und verbrauchen, dass sie auch nachfolgenden Generationen in gleicher Qualität und Quantität zur Verfügung stehen. Nachhaltigkeit beinhaltet neben der ökologischen und sozialen auch eine ökonomische Komponente: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen ist zu gewährleisten und dabei mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit in Einklang zu bringen.

Merkmale einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft gewinnen vor diesem Hintergrund an Bedeutung: Zur Ressourcenschonung und Treibhausgasminimierung sollten Materialien und Produkte so lange wie möglich genutzt, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt werden. Damit dies möglich ist, müssen bereits Forschung und Entwicklung ressourcenorientiert gestaltet sein. So können negative Kuppelprodukte vermieden werden.

Neben der Senkung von Treibhausgasemissionen führt die Kreislaufwirtschaft zu einer erhöhten Rohstoffversorgungssicherheit und hat das Potenzial, in erheblichem Umfang Kosteneinsparungen zu erzielen. Es gilt, eine politisch forcierte Internalisierung bislang externer Kosten möglichst frühzeitig obsolet zu machen. Damit kann die Kreislaufwirtschaft zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Wachstum und Beschäftigung beitragen.



Leitlinien für die Klimapolitik

Die ambitionierten nationalen und internationalen Klimaschutzziele erfordern eine grundlegende Veränderung auch in der Wirtschaft. Jedes Maßnahmenprogramm zur Umsetzung dieser Veränderung wird auf lange Sicht nur durchsetzbar und erfolgreich sein, wenn es zugleich als Wirtschaftsprogramm Marktchancen für Unternehmen eröffnet. Eine gute Basis dafür ist eine Politik, die insbesondere auf marktkonforme Lösungen und Technologieoffenheit setzt.

Die folgenden Leitlinien sollten daher für die Klimapolitik gelten:

1) Klimaschutz ist eine internationale Aufgabe

Im Pariser Klimaschutzabkommen sind Zielwerte zur Emissionsreduktion formuliert, zu denen sich auch Deutschland verpflichtet hat. Es muss sichergestellt sein, dass nationale und landesbezogene Klimaschutzziele im Einklang mit den europäischen und internationalen Vereinbarungen beschlossen werden. Darüber hinausgehende Ziele führen zu Mehrbelastungen der niedersächsischen Wirtschaft, die deren Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen können.

Der Export von modernen Umwelt- und Klimaschutztechnologien in Entwicklungs- und Schwellenländer sollte unterstützt werden, damit diese Technologien auch dort ihre Wirkung entfalten können, wo sie den größtmöglichen Nutzen bringen.

2) Klimaschutz gemeinsam voranbringen

Für die niedersächsische Wirtschaft ist es essentiell, dass vorrangig freiwillige Vereinbarungen geschlossen werden und Gesetze zum Klimaschutz im Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft entwickelt werden. Die Wirtschaft möchte aktiver Mitgestalter sein, damit entwickelte Maßnahmen funktionieren.

Ferner ist ein enger Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft erforderlich. Forschungsk Kooperationen müssen weiter ausgebaut werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft zu stärken.

Investitions- und Förderprogramme sowie -maßnahmen müssen bedarfsgerecht gestaltet sein. Stabile Rahmenbedingungen geben den Unternehmen Planungssicherheit und führen zu neuen Investitionen in ihren Wirtschaftsstandort.

3) Technologieoffenheit für Klimaschutzlösungen

Klimapolitik sollte durch Technologieoffenheit geprägt sein, damit sich die besten Lösungen im Wettbewerb durchsetzen können. So kann beispielsweise „grüner Wasserstoff“ wichtige Lösungsbeiträge für die Mobilitäts-, Wärme- und Energieprobleme bieten. Auch unkonventionelle Lösungsansätze müssen vorurteilsfrei geprüft werden.

4) Effektive und effiziente Instrumente nutzen

Zur Begrenzung des Klimawandels sollten Instrumente zum Einsatz kommen, die Marktverzerrungen, Wettbewerbsnachteile und Bürokratieaufbau begrenzen. Maßnahmen und Instrumente zum Klimaschutz sollten anhand ihrer ökologischen und ökonomischen Effektivität und Effizienz bewertet und ausgewählt werden. Ziel muss es sein, die vereinbarten Vorgaben für die Wirtschaft in einem optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen. Dabei sind mögliche gegenläufige Effekte (z. B. Verlagerungs- oder Rebound-Effekte¹) ausreichend zu berücksichtigen.

Als zentrales Klimaschutzinstrument auf europäischer Ebene trägt der europäische Emissionshandel seit 2005 durch ein Anreizsystem zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei. In Deutschland wird mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz eine nationale CO₂-Bepreisung eingeführt. Um Wettbewerbsnachteile zu verhindern und das Carbon-Leakage Risiko zu minimieren, ist eine internationale Einführung oder eine nationale Kompensation erforderlich.

¹ Rebound-Effekt: Effizienzsteigerungen senken oft die Kosten für Produkte oder Dienstleistungen. Dies kann zu einer erhöhten Inanspruchnahme führen. Die ursprünglichen Einsparungen werden damit ganz oder teilweise wieder aufgehoben.

Positionspapier

der IHK Niedersachsen

Ihr Ansprechpartner:

Björn Schaeper
Federführung Umwelt

IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 0441 2220 440

Telefon 0511 920 901 10

Fax 0511 920 901 11

E-Mail bjorn.schaeper@oldenburg.ihk.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

Titelfoto: ©Urheber: mopic / 123rf.com
Seite 3: ©Urheber: Shutterstock / petrmalinak

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim, IHK für Ostfriesland und Papenburg sowie IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum. Sie vertritt rund 495.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Der Fokus Niedersachsen erscheint in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft und Politik und steht unter: www.ihk-n.de/Publikationen auch zum Download zur Verfügung.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.





IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 0511 920 901 10
Fax 0511 920 901 11

E-Mail noske@ihk-n.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de